

13. Die Dekolonisation und Großbritannien 1956 bis 1980.

1. Grundprobleme der Dekolonisierung.

Im Jahre 1962 löste der ehemalige US-Außenminister Dean Acheson einen Sturm der Empörung unter konservativer britischer Presse und Tory-Abgeordneten aus, als er in einem Interview erklärte, daß GB ein Empire verloren habe und bis jetzt vergeblich nach einer neuen Rolle in der Welt suche.

Tatsächlich war zu diesem Zeitpunkt Dekolonisation weit fortgeschritten und GB konnte keinen Anschluß an die EG finden. Aber es war klar, daß GB sich vom Empire und sogar vom Commonwealth allmählich verabschieden würde, um in Europa neue Zukunft zu finden. Insofern war Empörung über Taktlosigkeit Acheson's gänzlich unangebracht.

Prozeß der Dekolonisierung setzt eigentlich unmittelbar nach 2.WK auf indischem Subkontinent ein. Doch zumindest bis 1956 (Suez) wollte britische Regierung an Rest-Empire weitgehend festhalten. Erst Katastrophe von Suez löst grundsätzlichen Wandel aus. Von nun an sich ständig beschleunigende Auflösung des Empires. Höhepunkt: 60er Jahre. Folgende beiden Sitzungen werden sich mit diesem Problem strukturell (nicht chronologisch oder nach Regionen unterteilt) auseinandersetzen.

Lange Zeit hielt sich in Historiographie und Öffentlichkeit der Mythos, britische Dekolonisation sei friedlich und in geordneten Bahnen vonstatten gegangen. Die gut vorbereitete Machtübergabe an einheimische nationalistische Führungen sei relativ konfliktfrei über die Bühne gegangen und habe einigermaßen stabile Verhältnisse in den neuen Staaten hinterlassen. Nach vor kurzem behauptete der Schweizer Historiker Rudolf v. Albertini, die britische Kolonialpolitik der nur begrenzten Eingriffe in die einheimischen Gesellschaften, die relativ wohlgeordnete Kolonialverwaltung und die Bereitschaft zur friedlichen Regierungsübergabe habe im Vergleich zum ehemaligen französischen oder gar belgischen Kolonialreich relativ friedliche, wohlhabende und lebensfähige Staaten nach der Unhabgängigkeit entstehen lassen. Komparatistisch ist diese Aussage sicherlich kaum zu bezweifeln (Beispiele: französisch West- und Zentralafrika, Zaire). Aber absolut gesehen, gemessen an den potentiellen Möglichkeiten und den tatsächlichen Vorgängen entsteht hier dennoch ein schiefes, verschönerndes Bild.

Systematische Erforschung der Dekolonisation erst in letzten Jahren möglich: Öffnung der Archive. Eine Reihe von Monographien, Aufsätzen, Überblicksdarstellungen, internationalen Konferenzen. Forschung erst am Anfang. Schon jetzt absehbar: Dekolonisationsforschung wird ähnlich großes und

wichtiges Feld wie Imperialismusforschung. Dabei natürlich enge Zusammenhänge und strukturelle Ähnlichkeiten. Auch hier Auseinandersetzungen zwischen metropole- bzw. peripherie-orientierten Ansätzen. Auch hier Frage nach Vorrang der Entscheidungen der Regierungen, Rolle der men on the spot, Priorität von Wirtschaft oder Politik, Außenpolitik-Innenpolitik, Widerstand und Kollaboration indigener Kräfte. Forschung kann hier erst vorläufige Ergebnisse liefern. Einschätzung dieser Probleme kann im folgenden nur angedeutet werden.

Fest steht: britische Dekolonisierungspolitik kann nicht isoliert betrachtet werden:

- Sie ist eng verknüpft mit internationaler Stellung des Mutterlandes (v.a. USA-UDSSR, Commonwealth-EG).
- Sie steht in engem Zusammenhang mit Auflösung der anderen europäischen Kolonialreiche (v.a. Frankreich, aber auch NL, Spanien, Portugal).

Interne Entwicklung GBs spielte große Rolle:

- Knappe Ressourcen.
- Herausbildung von Wohlfahrtsstaat und Konsumgesellschaft.
- Kritische Einstellung von öffentlicher Meinung und Parteien gegenüber Kolonialismus.
- Regierungsentscheidungen zur Abwicklung des Empires.

Robert F. Holland, *European Decolonization 1918-1981*, London 1985, behauptet, daß vor diesem Hintergrund (v.a. Ablehnung des Kolonialismus durch öffentliche Meinung) Metropole im Prozeß der Dekolonisation entscheidend. Dies sicher insofern richtig, als Wille zur Erhaltung des Empires und zum Einsatz größerer Ressourcen (v.a. militärischer) nicht mehr vorhanden war. Es wird thema dieser Sitzung sein.

Dennoch Hollands These in dieser Einseitigkeit fragwürdig. Sie unterschätzt:

- sinkende wirtschaftliche Bedeutung der Kolonien beim entstehenden offenen Weltmarkt der kapitalistischen Industrieländer. Tendenzielle Abkoppelung der kolonialen Wirtschaften vom Weltmarkt führt zu Stagnation vor Ort und Desinteresse in der Metropole.
- lokale Konflikte zwischen Kolonialverwaltung, weißen Siedlern und anderen ethnisch verschiedenen Einwanderern (Malaya), sowie indigenen Bevölkerungsgruppen. Diese Konflikte vor Ort senkten Bereitschaft der Metropole zum Engagement.
- wachsende Stärke der nationalen Befreiungsbewegungen macht Perpetuierung der Kolonialherrschaft zu schwierig und zu teuer. Deshalb vor allem hat Fortsetzung des Kolonialismus keine Chance.

Dieses komplizierte Geflecht von Strukturen und Motivationen schafft Voraussetzungen für Dekolonisation. Dabei bleibt Frage

nach Folgen der Kolonialherrschaft und Charakter der Dekolonisation hinsichtlich des sich herausbildenden Nord-Süd-Verhältnisses. Dieses Problem werden wir (in letzter Sitzung) anhand von Kwame Nkruma's These vom Neokolonialismus der Industriestaaten gegenüber formal unabhängigen neuen Staaten der Dritten Welt andiskutieren.

Doch zunächst ein Blick auf Entwicklung GBs von 1956 bis 1981.

2. Die Entwicklung Großbritanniens, 1956-1981.

Außenpolitisch stellte Suezkrise fundamentalen Einschnitt in britischer Nachkriegsentwicklung dar. Mangelnde Unterstützung durch USA, Rückzug vor sowjetischen Drohungen, Demonstration der eigenen Schwäche trotz Unterstützung durch F bedeutete endgültiges Scheitern der eigenständigen Großmachtpolitik GBs. Hoffnung auf Grundlage der Erhaltung des Rest-Empires eigenständige Großmachtposition zwischen USA und UDSSR zu behaupten und sich aus Engagement in Europa heraushalten zu können, zerschlagen.

Harold Macmillan, Nachfolger von Anthony Eden, akzeptiert Rolle eines Juniorpartners der USA - und alle seine Nachfolger ebenso. Dies wird deutlich auf Gebiet der Verteidigungspolitik - GB ordnet sich als kleinere Nuklearmacht im NATO-Abschreckungssystem ein:

- 1957: erste britische Wasserstoffbombe. Verteidigungsbericht gibt atomarer Aufrüstung absolute Priorität über konventionelle Rüstung, insbesondere über Anti-Guerilla-Kriegführung in Übersee. Damit wird militärische Verteidigung der Kolonien tendenziell aufgegeben.

- 1960: Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

- 1962, Konferenz von Nassau: Kennedy verspricht Macmillan Verkauf von PolarisRaketensystemen und -U-Booten. Damit wird GB bei nuklearen Trägerwaffen von USA abhängig, was bei Konzentration auf atomare Rüstung gleichbedeutend mit Ende einer eigenständigen Verteidigungs- und damit Großmachtpolitik ist. Dabei blieb es trotz gelegentlicher Schwankungen bis in Gegenwart: Vorrang der nuklearen Rüstung, konventioneller Truppenabbau (Deutschland), Trident II.

Insgesamt seit 1957 allmählicher Abbau der militärischen Interventionsfähigkeit in Übersee: Mangel an Schiffen, Soldaten, Material. Höhepunkt: Falklandkrieg. Nur mit Hilfe amerikanischer Nachrichtensatelliten logistische Voraussetzungen für Krieg gegen Argentinien im Südatlantik möglich.

Gleichzeitig mit Integration und Unterordnung in NATO sucht GB Annäherung an EG.

1957: Vertrag von Rom, Gründung der EWG.

GB wirtschaftlich von Europa isoliert beginnt Anschluß an moderne wirtschaftlich-technologische und industrielle Entwicklung zu verlieren. Ausschuß von europäischem Markt. Gleichzeitig Herausbildung der modernen Konsumgesellschaft, Beispiel: Autoindustrie. Finanzkräftige Märkte nur noch in Industriestaaten. Für diese Märkte muß produziert werden. Bis Ende der 60er Jahre verlieren Absatzmärkte in unterentwickelten und finanzschwachen Gebieten (ehemalige Kolonien) rasant an Bedeutung. Erst seit Ölkrise (1973/74) gewinnen Märkte in Teilen des NO erhöhte Bedeutung. Doch Kolonien längst nur noch Zuschußgeschäft. Britische Wirtschaft nur noch durch erhöhte Investitionen im eigenen Land konkurrenzfähig. Für diese Investitionen durchweg Kapital zu knapp. Außerdem strukturelle Reformen nötig, weshalb sich britische Regierungen zunehmend auf innere Probleme konzentrieren.

Chronische Finanzkrise GBs setzte sich auch in 60er Jahren fort.

November 1967, PM Wilson muß Pfund von \$ 2,80 auf \$ 2,30 abwerten. Gleichzeitig muß Labour-Regierung Internationalen Währungsfonds um Milliardenkredit angehen. Auflagen: drastische Einsparungen. Für kolonialpolitische Abenteuer kein Platz mehr.

Erst gewaltige Einnahmen aus schottischem Öl und radikale Sparmaßnahmen der Regierung Thatcher lindern ab Ende der 70er Jahre vorübergehend britische Finanznöte. Zerstörung der Industriestrukturen durch Thatcher führen jedoch mittlerweile zu beinahe katastrophaler Krise. GB heute schwächer denn je.

Ende der 50er Jahre: EG erweist sich schnell als profitabel für Mitglieder. BRD als der große Gewinner droht GB zu überholen und abzuhängen. Aber auch Wirtschaftsaufschwung in F. Dies erlaubt es de Gaulle, auf eigene Kolonien zu verzichten. Französische Abwendung von Kolonien und Intergration in Europa wird für GB zum beneideten Vorbild.

Macmillan strebt seit 1958 britischen EG-Beitritt an, um Anschluß nicht zu verpassen. Dies macht Sterling-Block und Handelsvorteile innerhalb Commonwealth und Empire überflüssig und hinderlich. Empire nur noch Hemmschuh, zumal 1961-63 de Gaulle britischen EG-Beitritt unter Hinweis auf Commonwealth und Empire einstweilen verhindern kann. Deshalb in 60er Jahren rapider Abbau der kolonialen Handelsbeschränkungen. 1972 Abschluß der Entwicklung durch britischen EG-Beitritt.

Hinwendung GBs nach Europa auf Kosten der Beziehungen zum Commonwealth.

1962 auf Commonwealth-Konferenz machen Mitglieder ihrer Empörung darüber Luft, daß Regierung Macmillan beim 1. Anlauf auf EG-Mitgliedschaft ihre Interessen vollständig ignorierte und sie noch nicht einmal konsultierte. V.a. Argarexporteur Aus., NZ, Ca.

fürchten, daß geschlossener EG-Agrarmarkt Ausfuhren nach GB unterbinden wird. Verhalten der britischen Regierung zeigt wachsendes Desinteresse an Commonwealth.

Höhepunkt 1972: Regierung Heath erwirbt EG-Mitgliedschaft unter weitgehender Mißachtung der Interessen des Commonwealth. Nur Sonderregelungen für neuseeländische Butter und westindische Zuckerproduzenten.

Dabei verändert sich Commonwealth selbst weg von britischen Traditionen. Viele Mitglieder entweder Republiken (Indien), Militärdiktaturen (Pakistan) oder Einparteienstaaten (Ghana). Manche Mitglieder wie Indien und Pakistan (zuletzt 1971) führen sogar Krieg gegeneinander. Andere wie Nigeria (Biafrakrieg 1967-70) drohen in Bürgerkriegen zu zerbrechen. Dies fördert nicht Popularität von Commonwealth in GB. Schon im April 1962 nennt Times-Leitartikel, "Patriotism Based on Reality", den Commonwealth "a gigantic farce".

Hintergrund hierfür außerdem, daß Commonwealth immer mehr zum Forum für Dritte Welt wird. Unter Führung von Schwergewichten wie Indien setzen ärmere Mitglieder v.a. GB unter Druck, ihren Interessen (etwa durch Entwicklungshilfe) mehr Rechnung zu tragen.

1965, Schaffung des Postens eines Commonwealth-Generalsekretärs in London (zumeist aus 3. Welt).

1966, Konferenz in Lagos: Wachsender Druck auf GB.

Mit diesem Commonwealth Kolonialismus nicht fortzuführen.

Zunehmender Streitpunkt: Politik gegenüber SA. Dritte Welt und schließlich auch seit 70er Jahre AUS, NZ, CA fordern Sanktionen gegen Apartheid-Regime. V.a. konservative Regierung Thatcher wegen massiven Wirtschaftsinteressen in SA dazu nicht bereit. In 80er Jahren wachsender Konflikt mit Commonwealth, so daß 1986 Mehrheit der Commonwealth-Mitglieder sogar Commonwealth-Spiele in Edinburgh boykottiert. Regierung Thatcher straft Commonwealth mit Mißachtung.

Seit Mitte der 50er Jahre macht internationales Klima Fortführung des brit. Kolonialismus vollends unmöglich. Entscheidend hierfür Auflösung des franz. Kolonialreichs:

1956 Marokko, Tunesien

1959 Nach brutalem Krieg Algerien

1958-60 das ganze französische Schwarzafrika. Sogar kaum lebensfähiges Gabun (500.000 Einwohner) unabhängig. Nur in Karibik und in Südsee behalten Franzosen "Departements".

1959-60, Überstürzter Abzug der Belgier aus Kongo (Zaire).

Jegliche Rechtfertigung für Beibehaltung der Herrschaft des Weißen Mannes zerstört.

Innerhalb GBs verwischen sich Unterschiede zwischen Tories und Labour in Kolonialfrage. Trotz rethorischer Attacken und nostalgischen Gefühlen der Tory-Rechten für Empire besteht grundsätzliche Einigkeit in Dekolonisierung. Macmillan (bis 1964) beginnt mit Dekolonisierung. Harold Wilson (1964-68) führt sie radikal fort. Edward Heath (ab 1971) führt sie zuende. Trotz Falklandkrieg bleibt Margret Thatcher dabei und kappt die letzten Leinen (auch weitgehend gegenüber Commonwealth).

Interner Hintergrund: Nach 2.WK entsteht neue Mittelklasse als mächtiges Wählerpotential, um das Tories und Labour wetteifern. Hauptinteresse dieses Wählerpotentials bis Ende der 70er Jahre: Steuererleichterungen und staatlich finanzierte Bildungssysteme, um sozialen Aufstieg zu erleichtern, Stärkung der Konsumgesellschaft. Knappe Ressourcen deshalb zur Modernisierung GBs benötigt. Kolonialismus verliert seit Ende der fünfziger Jahre an Popularität. Hinzu kommt vor allem in 60er Jahren zunehmende moralische Ablehnung von Kolonialherrschaft, Rassismus, Unterdrückung - "moralische Generation der 60er".

GB wird vom Auswanderer- zum Einwandererland:

Nach 2.WK letzte Auswandererwelle nach Aus, NZ, CA - 1,25 Millionen.

Doch seit Ende der 40er zunehmende Immigration zunächst aus Karibik, dann aus Indien, Pakistan, schließlich auch aus Afrika. In den 60er Jahren 50.000 jährlich.

Folge: Rassismus, Ausschreitungen v.a. durch britische Unterschichten.

1961: Tories verabschieden Commonwealth Immigration Act gegen weitere Einwanderung. Labour unter Hugh Gaitskill empört dagegen. Aber ab 1964 widmet sich Labour-Regierung der Durchführung und Verfeinerung des Einwanderungsgesetzes. Dennoch GB heute auf dem Wege zur multikulturellen Gesellschaft. - Parallelen zur dten Gegenwart unverkennbar.

Weiterer Besitz von Kolonien somit auch unter migrationspolitischen Gesichtspunkten nicht mehr wünschenswert. Sogar Zusammenhalt im Commonwealth geschwächt, denn Einwanderung aus Commonwealth-Staaten trotz massiven Protesten der Betroffenen erschwert.

Tatsächlich sprachen nach 1956 alle inneren und äußeren Bedingungen des Mutterlandes (Metropole) für Dekolonisierung. Britische Regierung seit Ende der 50er Jahre deshalb bemüht, Empire loszuwerden. Die schnelle Abwicklung des Kolonialreichs wird zum Ziel der Empire-Politik, v.a. des Colonial Office.

1968, nach weitgehender Erledigung dieser Arbeit wird unter Harold Wilson auch Colonial Office selbst abgewickelt - es wird ins Foreign Office integriert. London markiert mit diesem administrativen Akt das formale Ende des Empires.

Dennoch kann Dekolonisierung nicht allein aus Sicht GBs heraus verstanden werden. Entwicklungen an der kolonialen Peripherie mindestens ebenso entscheidend. Unterschiedliche Formen der Dekolonisierung mit ihren unterschiedlichen Folgen können nur aufgrund der jeweiligen lokalen Verhältnisse verstanden werden. Dies in nächster Sitzung.